

AHV – Kurzinformation 2016

1. Beitragspflicht

Beitragspflichtig sind **Personen**, die in der Schweiz eine Erwerbstätigkeit ausüben und/oder hier ihren zivilrechtlichen Wohnsitz haben. Beitragspflichtig sind **Arbeitgebende**, die an versicherte Personen Arbeitsentgelte ausrichten.

2. Beginn und Ende

Sozialwerk	Beginn	Ende
AHV/IV/EO	am 1. Januar des Kalenderjahres, das der Vollendung des 17. Altersjahres folgt	keine altersmässige Begrenzung, jedoch mit Freibetrag im AHV-Rentenalter
ALV	am 1. Januar des Kalenderjahres, das der Vollendung des 17. Altersjahres folgt	Ende des Monats, in dem das ordentliche AHV-Rentenalter erreicht wird

3. An-/Abmeldung von Mitarbeitenden

Sowohl neu eintretende (auch bei Wiedereintritt) als auch ausgetretene bzw. austretende Mitarbeitende sind der Ausgleichskasse laufend - spätestens jedoch innert Monatsfrist - zu melden. Um die Versicherungs- und Beitragspflicht Ihrer Mitarbeitenden abklären zu können, bitten wir Sie, uns Erwerbstätigkeiten Ihrer Mitarbeitenden in anderen Staaten mitzuteilen.

4. Beiträge

Die Beiträge an die	AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
	IV	Invalidenversicherung
	EO	Erwerbsersatzordnung
	ALV	Arbeitslosenversicherung

werden je zur Hälfte durch die Arbeitgebenden und die Arbeitnehmenden getragen. Der Arbeitnehmerbeitrag wird in der Regel vom Lohn abgezogen. Der Arbeitgebende entrichtet den Gesamtbeitrag an die Ausgleichskasse. Bei Nettolöhnen erfolgt eine Netto/Brutto-Aufrechnung.

Die Reserven des Fonds für die Erwerbsersatzordnung (EO) entsprechen wieder den gesetzlichen Mindestanforderungen. Der Bundesrat hat daher per 01.01.2016 die Senkung des Beitragssatzes von 0,5% auf 0,45% beschlossen. Dieser neue Beitragssatz ist wiederum auf 5 Jahre befristet. Der Bundesrat wird vor Ablauf dieser Frist die Situation neu beurteilen und die nötigen Massnahmen für die Zeit nach 2020 treffen.

Beiträge an die AHV/IV/EO (gültig ab 01.01.2016)

AHV	8,40 %
IV	1,40 %
EO	0,45 %
Total	10,25 %
Arbeitgebender / Arbeitnehmender je	5,125 %

Hinweise zum massgebenden Lohn

Verwaltungsrats-Honorare gehören grundsätzlich zum massgebenden Lohn und sind beitragspflichtig. Dazu gehören auch Tantiemen, Sitzungsgelder, Saläre und andere feste Vergütungen an die Mitglieder des Verwaltungsrates. Wurde das Honorar nicht an den Verwaltungsrat ausbezahlt, sondern die Vergütung erfolgte direkt an seinen Arbeitgebenden, welchen er im Verwaltungsrat der auszahlenden Gesellschaft vertritt, so hat die auszahlende Gesellschaft über dieses Entgelt nicht abzurechnen.

Versicherungsleistungen von Dritten in Folge Unfall oder Krankheit sind nicht AHV-pflichtig und daher vom massgebenden Lohn abzuziehen. Einkommen, die je Arbeitgeber CHF 2'300 (gültig seit 01.01.2011) im Kalenderjahr nicht übersteigen, müssen nur auf Verlangen des Arbeitnehmenden abgerechnet werden. Löhne des privaten Hausdienstpersonals sind jedoch unabhängig von der Höhe in jedem Fall beitragspflichtig. Einzige Ausnahme bilden Einkommen aus sogenannten Sackgeldjobs. Für unter 25-jährige und bis CHF 750/Jahr müssen Beiträge nur auf Verlangen des Arbeitnehmenden abgerechnet werden.

Verbuchen des Einkommens von Arbeitnehmenden im Realisationsjahr

Die beitragspflichtigen Einkommen von Arbeitnehmenden sind grundsätzlich nach dem sogenannten Realisationsprinzip im Auszahlungsjahr zu melden und anschliessend im individuellen Konto zu verbuchen. Das Gesetz lässt die Eintragung im Erwerbsjahr nur gerade in zwei Ausnahmefällen zu: Wenn der Arbeitnehmende zum Zeitpunkt der Lohnauszahlung nicht mehr für den betreffenden Arbeitgeber tätig ist oder nachgewiesen werden kann, dass Beitragslücken entstehen könnten. Das Gesuch um Erwerbsjahrverbuchung zur Vermeidung von Beitragslücken kann nur bis zum Eintritt des Leistungsfalles gestellt werden und hat schriftlich zu erfolgen.

Freibetrag für Altersrentner pro Arbeitgebendem (gültig seit 01.01.1996)

im Normalfall monatlich	CHF	1'400
bei Jahresentgelten jährlich	CHF	16'800

Unselbständigerwerbende / Selbständigerwerbende

Bei Aushilfen, gelegentlich tätigen Mitarbeitenden, sogenannt freien Mitarbeitenden, Vermittlern, Agenten usw. stellt sich oft die Frage, ob AHV-rechtlich eine unselbständige Tätigkeit mit entsprechenden Beitragsabzügen oder eine selbständige Tätigkeit ohne Beitragsabzüge vorliegt. Vielfach bezeichnen sich solche Personen fälschlicherweise als "Selbständige", worauf der Arbeitgebende die Lohnabzüge nicht vornimmt. In den meisten Fällen handelt es sich AHV-rechtlich jedoch um Unselbständigerwerbende, deren Lohn den üblichen Abzügen unterworfen ist. Dies ist auch dann der Fall, wenn diese Personen für eine andere Tätigkeit bei der AHV als Selbständigerwerbende abrechnen. Im Zweifelsfall und um allfällige spätere Korrekturen und Umtriebe zu vermeiden, steht Ihnen die Ausgleichskasse für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Beiträge an die Arbeitslosenversicherung (ALV) (gültig ab 01.01.2016)

- Löhne bis CHF 148'200	2,20 %
- Löhne über CHF 148'200	1,00 %

je hälftig getragen vom Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden

Falls in einzelnen Monaten zusätzliche Lohnbestandteile wie 13. Monatslohn, Gratifikationen, Provisionen, Gewinnbeteiligungen usw. ausbezahlt werden, wird die **Jahreshöchstgrenze** angewendet.

Arbeitslosenentschädigungen bei Ganzarbeitslosigkeit gelten als pflichtiger Lohn und werden von den Arbeitslosenkassen direkt mit der AHV abgerechnet.

Bei **Kurzarbeit** oder bei einem von der Arbeitslosenversicherung anerkannten Arbeitsausfall wegen schlechten Wetters ist der Arbeitgebende gesetzlich verpflichtet, mit der AHV-Ausgleichskasse über den vollen Lohn entsprechend der normalen Arbeitszeit abzurechnen, auch wenn der Arbeitnehmende diesen vollen Lohn nicht erhält. Der Arbeitgebende ist berechtigt, den gesamten Anteil des Arbeitnehmerbeitrages vom Lohn abzuziehen.

Beiträge der Nichterwerbstätigen

Vorzeitig in den Ruhestand tretende Personen bleiben als Nichterwerbstätige bei der bisher für sie zuständigen Ausgleichskasse angeschlossen (ab dem Kalenderjahr, in dem das 58. Altersjahr vollendet wird, möglich) und unterstehen der Beitragspflicht bis zum Erreichen des ordentlichen Rentenalters. Die betreffende Ausgleichskasse ist auch für den Beitragsbezug der nichterwerbstätigen Ehegatten zuständig.

Bei nichterwerbstätigen Studierenden wird der Mindestbeitrag nur bis zum 31. Dezember des Jahres, in welchem sie das 25. Altersjahr vollenden, angewandt. Danach gelten für sie die ordentlichen Regeln für Nichterwerbstätige (Beitragsbemessung auf Vermögen und Renteneinkommen).

5. Verwaltungskosten

Die Ausgleichskasse finanziert ihren Betrieb über die Verwaltungskosten. Diese werden auf den AHV/IV/EO-Beiträgen (ohne ALV) erhoben und gehen zulasten der Arbeitgebenden.

Die Verwaltungskostensätze können für das Jahr 2016 auf dem Vorjahresniveau belassen werden. Bei Verwendung des PartnerWeb (elektronischer Übermittlung der Lohnmeldung) profitieren Sie von einem sehr günstigen Nettoverwaltungs-kostenbeitrag. Die Kosteneinsparung beträgt je nach Höhe Ihrer Lohnsumme mindestens 20%.

Die detaillierten Ansätze geben wir Ihnen gerne auf Anfrage bekannt.

6. Lohnmeldungen

Der Arbeitgebende meldet das Jahreseinkommen jedes Arbeitnehmenden per Ende Kalenderjahr. Die Ausgleichskasse verbucht diese Jahreseinkommen auf den jeweiligen individuellen Konten (IK). Das IK bildet die Grundlage für die spätere Rentenberechnung.

7. Zahlungsverkehr / Abrechnung

Aufgrund der gemeldeten Lohnsumme setzt die Ausgleichskasse die provisorischen Akontobeiträge für jedes Mitglied fest. Die Höhe der Akontobeiträge wird anhand der **provisorischen Lohnsumme für das Jahr 2016** berechnet. Ohne Meldung wird die definitive Lohnmeldung 2015 als Grundlage verwendet. Diese Vorgehensweise gestattet uns, die Akontorechnungen möglichst den gegebenen Verhältnissen angepasst auszustellen.

Die Fakturierung erfolgt vierteljährlich (Jahreslohnsumme bis CHF 200'000) oder monatlich (Jahreslohnsumme über CHF 200'000). Wesentliche Änderungen (+/- 10 %) der Lohnsumme sind der Ausgleichskasse unverzüglich zu melden, damit die Beiträge angepasst werden können. Anhand der definitiven Jahresabrechnung des Arbeitgebenden per Ende Kalenderjahr sowie der während des Jahres erhobenen Akontobeiträge erstellt die Ausgleichskasse die Differenzabrechnung.

Für die vereinfachte Begleichung der AHV-Beiträge bieten wir sowohl das Lastschriftverfahren der Bank (LSV+) als auch das Debit Direct (DD) der Post an. Die entsprechenden Unterlagen finden Sie auf unserer Homepage.

8. Nachträge aus Vorjahren

Nachträge aus Vorjahren sind mit dem Formular "Nachtragsabrechnung" separat zu melden. Firmen, welche im Laufe des Jahres 2016 noch AHV-pflichtige Lohnsummen 2015 abrechnen müssen (z.B. an einer Generalversammlung im Folgejahr genehmigte Boni für das Vorjahr), können diese der Ausgleichskasse nach dem Realisationsprinzip melden. D.h. als massgebender Zeitpunkt gilt der Auszahlungstermin und der Betrag wird in der Jahresabrechnung 2016 angegeben. Damit können rückwirkende Verzugszinsen vermieden werden. Ausgenommen sind die nachstehend aufgeführten Zahlungen, für welche das Bestimmungsprinzip (Nachtragsmeldung) gilt:

- wenn das Arbeitsverhältnis im Realisationsjahr nicht mehr bestand;
- wenn die nachträglich bestimmte Lohnzahlung im Jahr der Entstehung eines Rentenanspruchs ausbezahlt oder später für ein Jahr vor Beginn des Rentenanspruchs ausgerichtet wird, in welchem der Arbeitgebende bei einer anderen Ausgleichskasse angeschlossen war;
- wenn zwischen dem Bestimmungszeitraum und dem Auszahlungszeitpunkt eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Beitragspflicht in Kraft getreten ist.

9. Erwerbsersatzordnung (EO) / Mutterschaftsentschädigung (MSE)

Die Meldeformulare für die EO sind vom Dienstpflichtigen vollständig auszufüllen und zu unterzeichnen. Der Arbeitgebende ergänzt die nötigen Angaben über das Einkommen und das Arbeitsverhältnis und stellt das Formular der Ausgleichskasse zu. Diese ermittelt die Entschädigung und erstellt eine entsprechende Gutschrift an den Arbeitgebenden. Die Gutschrift wird auf der nächsten Akontorechnung in Abzug gebracht. Die Meldeformulare werden bei der Ausgleichskasse registriert und archiviert.

Per 01.02.2015 wurde in der Erwerbsersatzordnung eine altersmässige Beschränkung für den Entschädigungsanspruch eingeführt. Personen haben ab dem ordentlichen Rentenalter bzw. ab dem Bezug einer Altersrente – beim ein- oder zweijährigen Vorbezug – keinen Leistungsanspruch mehr.

Leistungen der Erwerbsersatzordnung werden vom Arbeitgebenden in der Regel mit den Lohnzahlungen verrechnet. Direktauszahlungen sind nur in Ausnahmefällen vorgesehen, z.B. bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses vor dem Dienstantritt oder bei Rekruten.

Zulagen für Kinder-Betreuungskosten werden bei der Ausgleichskasse mit einem speziellen Formular beantragt. Die Auszahlung erfolgt direkt an die Dienstleistenden.

Der Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung (MSE) kann von folgenden Personen bei der Ausgleichskasse geltend gemacht werden:

- der Mutter
- dem Arbeitgebenden
- den Angehörigen

Wenn der Arbeitgebende der Mutter für die Dauer des Anspruchs Lohnfortzahlungen leistet, so wird die Mutterschaftsentschädigung an ihn ausbezahlt. Die Mutter kann jedoch unter besonderen Umständen die direkte Auszahlung der MSE durch die Ausgleichskasse beantragen. Als besondere Umstände gelten etwa, wenn der Arbeitgebende zahlungsunfähig oder säumig ist, wenn er keine Kenntnis von Tatsachen erhalten soll, die eine andere Erwerbstätigkeit der Mutter betreffen oder wenn allfällige Differenzen zwischen den Parteien bestehen.

In allen übrigen Fällen zahlt die Ausgleichskasse die MSE direkt an die Mutter oder an die auszahlungsberechtigte Person aus.